



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 06/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums - im November haben zwei Plenarwochen stattgefunden - sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Das Jahr ist mittlerweile weit fortgeschritten und Weihnachten rückt in greifbare Nähe. Und auch im Parlament merkt man an der Einbringung des Haushalts für das kommende Jahr, dass sich das Jahr dem Ende neigt. Lange hat sich die neue Landesregierung damit Zeit gelassen und dennoch kann bereits festgehalten werden, dass die späte Einbringung nicht zu mehr Qualität geführt hat, im Gegenteil: Gespart wird bei den Schwachen, zahlreiche Wahlversprechen gebrochen und dass obwohl man gleichzeitig von sprudelnden Steuereinnahmen profitiert.

Wirklich verärgert hat mich in dieser Woche die Zustimmung von Agrarminister Schmidt (CSU) in Brüssel für eine erneuten Zulassung des Unkrautgifts Glyphosat und das obwohl Ministerin Barbara Hendricks deutlich mitgeteilt hat, dass das Umweltministerium einer Zulassung nicht zustimmen werde. Meine ausführliche Pressemitteilung ist [hier](#) zu finden.

Im November hatte ich auch viele schöne Termine im Wahlkreis. Über meine Teilnahme am bundesweiten Vorlesefest 2017 kann man weiter unten noch einen kurzen Bericht lesen. Außerdem habe ich unter anderem mit den Schülerinnen und Schülern des Sozialwissenschaftskurses der Einführungsphase des St. Antonius Gymnasiums in Lüdinghausen über die Zukunft des Bargeldes diskutiert. Eine wirkliche spannende Diskussion und an dieser Stelle noch einmal Danke für die Einladung.

Ich wünsche Ihnen und euch eine schöne Adventszeit und viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

Beste Grüße

André Stinka MdL

HAUSHALT: SCHWARZ-GELBER HAUSHALTSENTWURF IST EINE LUFTNUMMER



Der von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf ist kein großer Wurf. Trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen wird bei Integration und Soziales der Rotstift angesetzt. Das Zustandekommen der „schwarzen Null“ entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Schimäre: So werden die Zuführungen zum Pensionsfonds mit Einzahlungen im laufenden Jahr verrechnet – eine Maßnahme, die Schwarz-Gelb in der Vergangenheit immer geübt hatte. Die 131 Mio. Euro „Einsparsumme“ sind nicht mehr als eine Luftnummer. Sie sollen durch Kürzungen bei Förderprogrammen erbracht

werden, wo genau, sagt die schwarz-gelbe Landesregierung nicht. Die großen Herausforderungen – wie die Reform der Kinderbetreuung – geht die Landesregierung erst gar nicht an: Stattdessen wird trotz massiver Steuermehreinnahmen beim Sozialticket oder der Flüchtlingsberatung gespart.

[Drucksache 17/800](#)

AKTUELLE STUNDE ZU KÜRZUNGSPLÄNEN BEI SOZIALTICKET

André Stinka: „Beim Sozialticket zeigen CDU und FDP soziale Kälte und Unzuverlässigkeit“

Nachdem Landesverkehrsminister Wüst in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.11.2017 ankündigte, die landesseitige Förderung des Sozialtickets auslaufen zu lassen, kommt jetzt die Rolle rückwärts der Mitte-Rechts-Landesregierung. Das ist „peinlich“ und kurzum „ziemlich dumm“, erklärt der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka.

„Wir reden von 40-Millionen-Euro jährlich, die für das Sozialticket im Haushalt der NRW-Landesregierung zur Verfügung gestellt werden müssen. Hiervon profitieren zurzeit rund 300.000 Menschen in unserem Land, davon 1.500 Menschen im Kreis Coesfeld, indem sie die Möglichkeit auf eine ermäßigte Fahrkarte erhalten. Eine Fahrkarte, die Bedürftigen und Arbeitssuchenden Mobilität und vor allem auch Teilhabe ermöglicht“, so Stinka.

Nach scharfer Kritik - unter anderem seitens der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gewerkschaften und den Sozialverbänden (u.a. VdK NRW, AWO und Caritas) - wurde nun die Notbremse gezogen und der Minister ruderte zurück. So ist zumindest für das kommende Jahr das Sozialticket gesichert. „Das ist aber auch das Einzige, was nun sicher ist. Die Landesregierung hat sich mit dieser Entscheidung lediglich ein bisschen Luft verschafft. Luft, um vielleicht endlich mal einen Plan für unser Land zu entwickeln und nicht planlos durch die Gegend zu laufen. Die Menschen brauchen Klarheit und Sicherheit, wie es weitergehen wird. Dazu muss die Landesregierung diesen inhaltlichen und kommunikativen Schlingerkurs beenden. Auch Landrat Dr. Schulze Pellengahr kann jetzt zeigen, dass ihm die auf das Sozialticket angewiesenen Menschen im Kreis Coesfeld nicht egal sind und sich in Düsseldorf bei seinen Parteikollegen einsetzen“, erläutert Stinka weiter.

[Drucksache 17/1318](#)

STUDIE BELEGT INSEKTENSCHWUND: LANDESREGIERUNG MUSS MAßNAHMEN ERGREIFEN

Das Wissenschaftsjournal PLOS ONE veröffentlichte im Oktober eine Studie, die den starken Rückgang von Insekten in Deutschland dokumentiert. Bei den fliegenden Insekten (z.B. Bienen, Falter, Wespen) ermittelte die Studie einen Rückgang von durchschnittlich 76 Prozent. Dieser Schwund bedroht die Pflanzen- und Artenvielfalt in Deutschland und NRW. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, mit Wissenschaftler/innen, Naturschützer/innen und Landnutzer/innen einen wirksamen Maßnahmenkatalog gegen das Insektensterben zu erarbeiten. Wir wollen, dass in Naturschutzgebieten der Einsatz von Pestiziden drastisch reduziert wird. Weiterhin muss mit einem Forschungs- und Insektenrettungsprogramm eine Umkehr dieser Entwicklung eingeleitet werden.

[Drucksache 17/1289](#)

KITA-GESETZ: PRINZIP GIEßKANNE STATT KITA-REFORM AUS EINEN GUSS



Dem von der schwarz-gelben Landesregierung eingebrachten „Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in NRW“ fehlt eine klare Schwerpunktsetzung. Die Finanzhilfe wird pauschal mit der Gießkanne als Einmalbetrag ausgezahlt und berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Bedarfe von Trägern und Einrichtungen. Für neue Plätze wird es überhaupt kein Geld geben. Eine zeitnahe Strukturveränderung für eine auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung (z.B. für Personal und Ausstattung) bleibt damit aus. Diese Position hat die SPD-Landtagsfraktion in einem eigenen Entschließungsantrag deutlich gemacht.

[Entschließungsantrag der SPD-Fraktion](#)

KITA-ÖFFNUNGSZEITEN UND RANDZEITEN: AM BEDARF DER ELTERN ORIENTIEREN!

Das unter Schwarz-Gelb beschlossene Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hat viele Mängel, etwa die starren Kita-Buchungszeiten. 25- und 35-Stunden-Plätze werden von Eltern immer seltener, 45-Stunden immer öfter gebucht. Eine 45-Stunden-Betreuung ist allerdings mit hohen Elternbeiträgen verbunden. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die starren Buchungszeiten aufzulösen und flexiblere Buchungsoptionen zu ermöglichen. Durch eine auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen Bildung sollen Träger und Einrichtungen personell in die Lage versetzt werden, die Öffnungszeiten und Öffnungsdauer von Kitas so auszuweiten, dass alle Kindertageseinrichtungen mindestens 40 Stunden geöffnet sind, in der Regel aber eine Betreuungszeit von 45 Stunden gewährleisten. Klar ist: Die Abfrage des tatsächlichen Elternbedarfs muss die Grundlage für Betreuungszeiten und Kita-Öffnungszeiten sowie flexible Randzeitenbetreuung sein.

[Drucksache 17/1288](#)

VERBRAUCHERRECHTE: MUSTERFESTSTELLUNGSKLAGE MUSS ENDLICH EINGEFÜHRT WERDEN



Mit unserem Antrag „Verbraucherrechte stärken!“ fordern wir die Einführung einer Musterfeststellungsklage, um die Verbraucherrechte nachhaltig zu stärken. So können Verbraucher endlich ihre Ansprüche gegen Großkonzerne einfacher durchsetzen. Dies könnte schon lange Gesetz sein und allen Verbraucherinnen und Verbraucher offenstehen, denn Justizminister Heiko Maas (SPD) hat einen solchen Entwurf bereits 2016 vorgestellt. Allerdings wird dies auf Bundebene durch CDU und CSU blockiert. „Der Diesel-Skandal hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Musterfeststellungsklage dringend erforderlich ist, um die Klagerechte von Verbrauchern gegenüber Unternehmen zu stärken“, erklärt der

Dülmener SPD-Abgeordnete André Stinka. Mit der Musterfeststellungsklage könnten Verbraucherverbände für die Betroffenen klagen. Dadurch könnten gleichgelagerte Ansprüche gebündelt und das Kostenrisiko für die einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher gesenkt werden. „Die mitte-rechts Landesregierung kann sich nun im Interesse aller Verbraucher in NRW – dem größten Bundesland – für die Einführung der Musterfeststellungsklage stark machen und sogar einen eigenen Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen“, so Stinka weiter.

[Drucksache 17/1124](#)

BUNDESWEITER VORLESETAG 2017: STINKA ALS VORLESER MIT DABEI

Vorlesen fördert die Entwicklung eines Kindes und vermittelt ihm Basiskompetenzen für die Zukunft. Gerade deshalb ist es so erschreckend, dass in nur noch rund ein Drittel aller Haushalte mit Kindern bis 10 Jahren das Vorlesen eine Rolle spielt. Dem möchte der Vorlesetag, der eine gemeinsame Aktion der Stiftung Lesen, der ZEIT und der Deutschen Bahn ist, entgegenwirken.

Am 17. November 2017 fand der bundesweite Vorlesetag nun zum 14.

Mal statt. Auch dieses Jahr haben sich zahlreiche Vorleser engagiert. Unter ihnen war in diesem Jahr wieder der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka, der bereits seit einigen Jahren im Rahmen des Vorlesetags zum Buch greift, um

Kindern und Jugendlichen vorzulesen. In diesem Jahr war Stinka in der Kinder- und Jugendklinik der Christophorus-Kliniken in Coesfeld. Vorgelesen wurde jede Menge: Die kleinen Patienten haben die Auswahl übernommen. So standen auf dem Programm unter anderem die Kinderbücher „Der Regenbogenfisch“, „Vom kleinen Maulwurf, der wissen wollte, wer ihm auf den Kopf gemacht hat.“ und „Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich habe?“ „Ich freue mich jedes Jahr auf diesen Termin“, erklärt der Abgeordnete. „Es ist immer etwas Besonderes, denn es liegt mir am Herzen, dass Vorlesen und Erzählen ein wichtiger Teil der Kindheit bleiben, denn nur so kann dafür Sorge getragen werden, dass Kinder und Jugendliche Liebe zum Buch entwickeln und sich später in der Welt der Bücher und im Umgang mit

ihnen sicher- und wohlfühlen“, so Stinka weiter.



SPD ORTSVEREIN GRONAU ZU BESUCH IM LANDTAG



Am Rande der Plenarsitzungen im November besuchte der Ortsverein der SPD Gronau den Düsseldorfer Landtag und diskutierte in diesem Rahmen mit dem Dülmener Landtagsabgeordneten André Stinka.

Die Gäste konnten bei ihrem Besuch den Landtag kennenlernen und auch während der Plenarsitzung die Debatte zu den Themen Nichtraucherschutz und Schulpolitik von der Zuschauertribüne mitverfolgen. Die gewonnen Eindrücke wurden ihm Anschluss mit dem SPD-Abgeordneten André Stinka diskutiert und vertieft. Außerdem thematisierte Stinka mit den Genossinnen und Genossen aus Gronau Fragen der Verkehrspolitik, insbesondere im ländlichen Raum. Aber auch die neue Rolle der SPD-Landtagsfraktion in der Opposition interessierte die Gäste.

WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf